

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzelle kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame um 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Ślaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 186

Mittwoch, den 30. November 1927

45. Jahrgang

Die polnische Note an die Mächte

Zur Verständigung mit Litauen bereit — Die Friedensabsichten hervorgehoben — England unterstützt den polnischen Standpunkt — Die Note in Berlin überreicht

Warschau. Im Zusammenhang mit der von der litauischen Regierung an das Generalsekretariat des Völkerbundes mit Berufung auf Artikel 11 des Völkerbündnisses gegen die polnische Regierung gerichteten Beschwerde fand Montag im Außenministerium eine Konferenz statt, der auch Marschall Piłsudski beizuhören. In dieser Konferenz wurde beschlossen, an die Regierungen sämtlicher Staaten, mit denen Polen diplomatische Beziehungen unterhält, eine Note zu richten, in der der Standpunkt der polnischen Regierung im polnisch-litauischen Streit klargestellt wird. Die Note, die sofort verfasst wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die Frage der polnisch-litauischen Beziehungen ist durch eine Klage der litauischen Regierung gegen die polnische Regierung auf die Tagesordnung der nächsten Völkerbundsversammlung gesetzt. Unter diesen Umständen hält die polnische Regierung es für nötig, noch einmal ihren die gegenwärtigen Verhältnisse beider Länder betreffenden Standpunkt darzulegen. Die polnische Regierung hat keinerlei Absichten, die gegen die politische Unabhängigkeit und territoriale Unantastbarkeit der litauischen Republik gerichtet werden, ihr einziger Wunsch ist von dem Willen diktiert, mit der litauischen Regierung gut nachbarliche Beziehungen in der friedlichsten Weise anzuknüpfen. Die Wünsche der polnischen Regierung zu erfüllen sich bisher aber immer wieder an der kategorischen Ablehnung aller litauischen Regierungen, die bisher immer behaupteten, sich in einem Kriegszustand mit Polen zu befinden. Nach Ansicht der polnischen Regierung bedeutet diese Sachlage eine schwere Gefahr für die friedliche Zusammenarbeit der Völker, die nicht weiter dauern kann. Aus diesem Grunde ist die Regierung Polens überzeugt, daß ihre Lage von allen Regierungen und der öffentlichen Meinung der Welt verstanden werden wird, und daß diese die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und ihre Macht

dazu benutzen werden, diesen Kriegszustand zu beenden, was einem lang gehegten Wunsche der polnischen Regierung entspricht.

Berlin. Im Auswärtigen Amt wurde am Montag abend die polnische Note überreicht, die auch den anderen europäischen Mächten übergeben worden ist. Die deutsche Regierung wird eine schriftliche Antwort nicht erteilen, da man annimmt, daß in Genf über diese Frage verhandelt werden wird.

Die Auffassung bestätigt sich jetzt, daß die Verhandlungen in Genf über die polnisch-litauischen Streitigkeiten angesichts des geschickten Inhalts der polnischen Note recht kurz sein werden, und daß der Rat sich wahrscheinlich mit einer Erklärung Polens die im Sinne der Note gehalten ist, zufrieden geben wird. Die Verhandlungen in Genf können sich nur noch auf die Frage erstrecken, ob die Polen in der Note bekante Forderung nach Zurückziehung des Kriegszustandes durch Litauen erfüllt werden soll. Grundsätzlich werden England und Frankreich mit dieser Forderung sicher einverstanden sein, und es ist möglich, daß auch Deutschland diese Forderung unterstützt zumal Litauen vorläufig keine Aussicht hat, Wilna, dessen Zugehörigkeit zu Polen 1923 vom Völkerbundsrat einmal formell anerkannt ist, zu erhalten. Der litauische Ministerpräsident ist in dieser Frage ohne Unterstützung Englands und Frankreichs und auch wohl einer Mehrheit des Völkerbundsrates.

Nur zum polnisch-litauischen Streit Piłsudski's Genfer Reise

Warschau. Wie das Abendblatt „ABC“ meldet, wird Marschall Piłsudski voraussichtlich am 14. Dezember die Reise nach Genf antreten, um an der Rotstagnung in Genf, die den polnisch-litauischen Streit behandeln soll, teilzunehmen.

Die Auflösung vollzogen

Ein Dekret des Staatspräsidenten erklärt, daß Sejm und Senat mit dem 28. November als aufgelöst gelten. Ein Ehrenakt für den seit Mai 1926 scheinbar toten Sejm beziehungsweise der gesetzgebenden Kammern. Denn schlimmer als dem Sejm, bei den jeweiligen Einberufungen, erging es dem Senat, den man zuletzt überhaupt nicht zusammenzutreten ließ, obwohl man ihn einberufen hätte. Die gesetzgebenden Kammern erfreuten sich schon lange keines guten Rufes bei der Bevölkerung und daß man sich schließlich nach dem Maiumsturz dennoch nach ihnen sehnte, war die Behandlung, die man der Volksvertretung durch die neuen Herrscher zuteil werden ließ. Und doch starb der Sejm und Senat, trotz aller Anfeindungen eines natürlichen Todes, in der ihm vorgeschriebenen Zeit. Die neuen Herren waren trotz ihres Siegesbewußtsein und trotz des Hinweises auf ihre „erfolgreiche“ Arbeit beim Staatsaufbau nicht dazu zu bringen, Neuwahlen auszuschreiben. Hier ist die Schwäche der Regierung, die Stärke der gesetzgebenden Kammern verankert. Ja, Sejm und Senat waren sogar bereit, dem unglücklichen Zustand ein Ende zu machen und beabsichtigten einen Selbstauflösungsantrag durchzuführen, um Neuwahlen zu erzwingen, das Volk zur Entscheidung anzurufen. Aber wieder waren es die neuen Staatslenker, die sie an der Ausführung dieses Planes hinderten. Weiter wollten beide Kammern noch eine Reihe wichtiger Gesetze erledigen, wie Selbstverwaltungsgesetze, Rettung der Demokratie und Pressefreiheit und wieder war es die Regierung, die eigenen Dekreten den Vorzug gab, obgleich diese nach der Verfassung unhaltbar sind. Aber Verfassungsfragen sind Machtfragen und da die Regierung die Macht und Sejm und Senat nur die Rechtsformeln hatten, so mußte der Macht das Recht weichen.

Niemand hätte nur ein Wort der Verteidigung gegenüber beiden Kammern benutzt, hätte sich die Regierung Piłsudski dazu entschlossen, bald nach dem Maiumsturz Neuwahlen auszuschreiben. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß diese Wahlen den neuen Staatslenkern eine sichere Parlamentsmehrheit mit den Parteien der Linken gebracht hätte. Aber man wollte erst Versuche anstellen, ob es sich gegenüber der parlamentarischen Regierungsauffassung nicht mit Drohungen arbeiten läßt. Die Versuche waren mit Erfolg begleitet, man legalisierte den Staatsstreich und nun waren die neuen Herrscher der Meinung, daß es immer so gehen muß. Die Opposition sah ein, welche Macht sie in die Hände der neuen Regierung gelegt hat. Die Vollmachten sollten gleichzeitig das Ende des parlamentarischen Systems bedeuten. Und so kam es auch; die dann einziehende Opposition war verfehlt, die Regierung tat, was ihr gerade paßte, hielt sich an den Formelkram der Verfassung und wo diese nicht ausreichte, halfen die Auslegungen nach, jedoch bis zur Auflösung alles in Ordnung ist. Man war gnädig und hat einen längst toten Sejm und Senat nochmals eines natürlichen Todes sterben lassen.

Die Ausschreibung von Neuwahlen dürfte wohl in den nächsten Tagen erwartet werden, vorausgesetzt, daß nicht irgend welche außerordentlichen Momente diese Wahlauschreibung noch um einige Tage oder Wochen hinausögern. Aber das bleibt sich schon gleich, zunächst besteht die gute Absicht, Neuwahlen auszuschreiben. So sicher ist bei uns nichts, Ueberraschungen sind immer möglich. Aber nicht den neuen gesetzgebenden Kammern sei unsere Aufmerksamkeit gewidmet, sondern, wie die aufgelösten ihr Dasein fristeten. Als der versorgungsbefehlende Sejm im Sommer 1922 seine Tore schloß, waren die reaktionären Parteien siegesbewußt, daß ein für alle Male in diesem Polen die Wirte das Vortrecht erlangen werden. Zu diesem Zweck hat man auch eine Wahlordnung geschaffen, von der gesagt wurde, daß sie der polnischen Nation die Mehrheit sichere und daß sie die Minderheiten Polens nicht zur Geltung kommen lassen werde. Unter dem Zeichen des Nationalismus ging man in die Wahlen, man war siegesbewußt und die Wahlen ergaben auch eine Mehrheit, die Polen unter den verschiedensten Regierungen zur Katastrophe führte. Hinzukam die Wirtschaftskrise, ein Parlament, welches seiner Aufgabe nicht gewachsen war, der Parteidampf nahm Formen an, der in Krafau 1923 zu Straßkämpfen führte. Man griff zu Koalitionen, die naturgemäß unhaltbar waren, weil sie lediglich dem Parteiinteresse dienlich gemacht wurden und so kann mit Ausnahme der nationalen Minderheitsparteien keine einzige Partei von sich behaupten, daß sie mehr oder weniger nicht einen Schutzanteil an diesem Elend hat. Mehr als 20 Parteien haben sich um die Mandate zum Sejm beworben und als sie ins Parlament einzogen, machte sich ein Auflösungsprozeß geltend, der auch heute noch anhält, denn nur

Das Marschallgericht über Korfanti

Unwürdiges Verhalten eines Abgeordneten und Publizisten

Warschau. Die der Regierung nahestehende Presse berichtet heute über ein vernichtendes Urteil über die Tätigkeit des Abgeordneten Korfanti. Der Wortlaut ist noch nicht bekannt und darum muß erst abgewartet werden, wie das vernichtende Urteil lautet. Die drei Fragen, die dem Marschallgericht vorlagen, sind dahin beantwortet worden, daß es nicht erwiesen ist, daß Korfanti durch seine Steuerdeklarationen heabsichtigt habe, die Staatskasse zu schädigen. Es wird aber nicht gesagt, ob auch Elemente vorhanden sind, die eine solche Annahme zulassen. Der zweite Fall betreffend der Subventionen der Korfantischen Unternehmungen, seine Blätter „Kreszospolita“ und „Polonia“ kommt das Marschallgericht zum Ergebnis, daß es unhaltbar ist, daß ein Abgeordneter und „freier“ Publizist Subventionen aus Quellen zieht, deren Absichten unbekannt sind. Es wurde festgestellt, daß Korfanti im Laufe der Jahre vom Berg- und Hüttenmännischen Verein mehrere Millionen Zloty zum Ankauf seiner Blätter und zur Aufrechterhaltung, bestimnte Zuschüsse erhielt. Hier liegt ein Mißbrauch des Abgeordnetenpostens vor. Im dritten Falle betreffend seinen Posten bei der „Bank Śląsk“ wird festgestellt, daß Korfantas Haltung nicht zu billigen sei und daß er als Abgeordneter seine Stellung in der Bank mißbraucht habe. Damit wären mit Ausnahme der Steuerfragen die Behauptungen der Regierungspresse erwiesen und über Korfanti das Urteil gefällt. Wir werden auf die Angelegenheit noch zurückkommen, wenn uns der Wortlaut des Urteils des Marschallgerichts vorliegen wird.

Fortsetzung der deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau

Dr. Hermes zum Delegationsführer ernannt.

Berlin. Das Reichskabinett hat sich Montag wieder mit der Frage der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen beschäftigt und zunächst nochmals einen Bericht des Reichsaussenministers über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen und Vereinbarungen entgegengenommen. Es wurde beschlossen, beim Reichspräsidenten die Ernennung des Reichsfinanzministers a. D. Dr. Hermes, der dem Zentrum angehört und durch seine Veranlassung mit den Interessierten der Landwirtschaft besonders verbunden ist, zum Leiter der weiteren Verhandlungen von deutscher Seite anzuregen. Der

Reichspräsident wird, nachdem Dr. Hermes sich zur Annahme dieses Postens bereit erklärt hat, voraussichtlich morgen die Ernennung vollziehen. Die Aufgabe Dr. Hermes wird zunächst die Führung der Verhandlungen über ein Teilabkommen sein, das zur Vereinfachung der Schwierigkeiten in der Niederlassungsfrage, den agrarischen Fragen und des Kohlentariffes wird eingeleitet werden und zwar, wie das Kabinett beschlossen hat, in Warschau. Die Verhandlungen zum Abschluß eines endgültigen und vollständigen Handelsvertrages, die im Anschluß an ein solches Teilabkommen beabsichtigt sind, wird gleichfalls Dr. Hermes führen.

Die Auflösung des Sejm und Senats vollzogen

Warschau. Am gestrigen Montag überreichte der Sekretär des Ministerrats, der Leutnant Jacwikowski, den Büros des Sejm und Senats das Auflösungsdekret beider gesetzgebenden Kammern. Das Dekret ist vom Staatspräsidenten unterzeichnet und vom Ministerpräsidenten Piłsudski gegengezeichnet. Es wird in demselben auf die Artikel 26 und 36 der Verfassung verwiesen, nach welchen die gewählten gesetzgebenden Kammern am 28. November nach Ablauf ihrer Kadenz als aufgelöst gelten.

Die Regierungsblätter bestätigen, daß Neuwahlen innerhalb 7 Tagen ausgeschrieben werden, die dann der Verfassung entsprechend, im Verlauf von 90 Tagen stattfinden sollen. Mit besonderer Genugtuung wird seitens der Regierungspresse registriert, daß die Freikarten der Abgeordneten mit dem 28. November ihre Gültigkeit verloren haben und die Regierung den Antrag auf Verlängerung der Abgeordnetenarten abgelehnt habe. Nur für das Präsidium des Sejms und Senats, also für die Marschälle, gelten die Freikarten weiter, da der Senats- und Sejmarschall bis zur Durchführung der Neuwahlen und Einberufung der neuen Kammern ihres Amtes walten.

Keine polnische Seelkammer in Danzig

Danzig. Durch Entscheidung des Kommissars des Völkerbundes ist ein Antrag Polens auf Errichtung einer eigenen Seelkammer auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig abgelehnt worden, nachdem auch der Danziger Senat gegen diese Forderung Einspruch erhoben hatte.

wenigen Parteien ist das Schicksal der Sezessionen erspart geblieben. Die Reaktionsparteien hatten noch die beste Geschlossenheit aufzuweisen, bis auch ihnen der Mainkurs eine Bresche legte und sie eigentlich zerrüttet in den Wahlkampf ziehen werden. Aber verschiedene Vorgänge haben auch den nationalen Minderheitsblock einen Stok verlegt, auch er wird nicht mehr die Geschlossenheit von 1922 aufzuweisen haben. Und das kommende Bild berechtigt zu keinen Hoffnungen, wenn die Verhältnisse nicht eine grundlegende Umgestaltung erfahren. Aber hier wird die Zeit ein ruhiges Urteil zulassen.

England billigt den polnischen Standpunkt

London. Die Morgenblätter beschäftigen sich in Leitartikeln mit dem litauisch-polnischen Konflikt, in denen allgemein die Auffassung vertreten wird, daß die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes zwischen Polen und Litauen besteht, daß aber die Lösung der Litaufrage durch den Völkerbund nunmehr keine Verzögerung mehr erlaubt. Die „Times“ unterstreichen in einem bemerkenswerten Leitartikel die wichtige Rolle, die Deutschland in diesem Konflikt spielt und betonen, daß nunmehr feststehe, daß die Polen zugeführten aggressiven Absichten gegen Litauen sich als unbegründet erwiesen hätten. Die Sowjetregierung habe in den letzten Tagen versucht, die Schwierigkeiten durch Verbreitung wilder Gerüchte und Unterschlebung der schlimmsten Absichten Polens zu vermehren. Während in den Nachrichten aus den Ostzentren zugleich gehalten wird, daß die russische Note an Polen eine Aktion gegen Litauen darstellt, wird in dem Artikel die Note als gegen Polen gerichtet bezeichnet. Sie stelle allerdings nur eine leere Geste dar, da bei dem gegenwärtigen Zustand Sowjetrußlands es im höchsten Grade unwahrscheinlich sei, daß sich Rußland für Litauen oder für irgend jemand anderen in kriegerische Verwickelungen einlassen werde. Die Möglichkeit einer Lösung während der gegenwärtigen Tagung des Völkerbunds hänge wesentlich davon ab, ob Litauen auf vernünftige Argumente reagiere. Ein großer Teil hänge auch von Deutschland ab. Da die Integrität und Unabhängigkeit Litauens, an der Deutschland und Rußland interessiert seien, nicht durch Polen gefährdet werde, sei zu hoffen, daß Deutschland in Genf die sowjetrussische Auffassung nicht unterstützen werde. Dr. Stresemann habe durch seine persönliche Intervention bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen neuerdings wieder sehr viel Gutes für die Herstellung des Friedens in Osteuropa getan. Viel von diesem nützlichen Schritt werde umsonst sein, wenn die deutsche Regierung sich nun der russischen Auffassung anschließen würde. Die jedem Kompromiß abgeneigte Haltung Litauens gegenüber Polen sei zum großen Teil gestützt gewesen auf die Hoffnung auf Intervention seitens seiner mächtigen Nachbarn, Deutschland und Rußland.

Der „Daily Telegraph“ betont in einem Leitartikel gleichfalls, daß sich die polnische Regierung bisher korrekt benommen habe und daß die namentlich von Moskau ergreifenden Beschränkungen sich bisher als unbegründet erwiesen hätten.

Woldemaras über die Voraussetzungen einer Verständigung mit Polen

Berlin. Wie die Abendblätter berichten, erklärte der litauische Ministerpräsident Woldemaras in einer Unterredung mit einem Pressevertreter auf dessen Frage, ob die gegenwärtige litauische Regierung bereit wäre, durch Verzicht auf Wilna wieder normale Beziehungen zu Polen aufzunehmen, mit größter Entschiedenheit, daß keine der litauischen Parteien bereit sei, einen solchen Verzicht auszusprechen, am allerwenigsten seine eigene Partei. Er sei bereit, normale Beziehungen mit Polen wieder aufzunehmen, wenn eine befriedigende Verständigung mit Polen hinsichtlich Wilna erreicht und Polen die Bereitschaft zeigen würde, die Unabhängigkeit Litauens zu achten.

Das Ergebnis der Wahlen in Anhalt

Halle. Nach Mitteilung des statistischen Landesamtes in Dessau haben bei den Kreistagswahlen in Anhalt gestern insgesamt erzielt:

- die Kommunisten 15 308 Stimmen und 5 Mandate,
- die Sozialdemokraten 75 992 Stimmen und 37 Mandate,
- die Mieter und Demokraten zusammen 16 023 Stimmen und 7 Mandate,

Der Standpunkt der russischen Delegation

Genf. Litwinow hat Montag abends in Begleitung des Generalsekretärs der Sowjetdelegation, Stein, dem Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, einen Höflichkeitsbesuch abgibt. Anschließend suchte Litwinow den Direktor der Abrüstungssektion des Völkerbundssekretariats, Madariaga, auf, mit dem er eine längere Unterredung über den Stand der Abrüstungsverhandlungen sowie die Tagesordnung der bevorstehenden Sitzung der Abrüstungskommission hatte. Die übrigen Mitglieder der sowjetrussischen Delegation haben lediglich dem Generalsekretär sowie den Untergeneralsekretären des Völkerbundes ihre Karten zuleiden lassen. Allgemein sprach man damit, daß der vom Völkerbundssekretariat ursprünglich vorgesehene Abschluß der Tagung der Abrüstungskommission am Sonnabend nicht eingehalten werden wird. Man nimmt vielmehr an, daß die Debatten in Folge der außerordentlich schwerwiegenden zur Erörterung gelangenden Fragen bis Mittwoch oder Donnerstag der nächsten Woche hinauszudauern werden, so daß der Völkerbundsrat und die vorbereitende Abrüstungskommission zu gleicher Zeit in Genf tagen werden. Zunächst wird wohl der Brief des Gra-

fen Bernstorff an den Präsidenten Louvon zu einer längeren Debatte in der Kommission führen. Im Mittelpunkt des Interesses steht die programmatische Erklärung, die Litwinow vor-ausichtlich gleich zu Beginn der Verhandlungen über den grundsätzlichen Standpunkt der Moskauer Regierung zum Abrüstungsproblem abgeben wird. Auch der Haltung der amerikanischen Delegation, insbesondere auf die Bildung des Sicherheitsausschusses sieht man mit großer Spannung entgegen. Die bevorstehende Tagung der Abrüstungskommission gewinnt durch die Teilnahme der sowjetrussischen Delegation, ferner durch die in die Abrüstungsverhandlungen eingeschaltete Debatte über die Sicherheitsgarantie außerordentliche Bedeutung, so daß allgemein der Eindruck besteht, daß die bevorstehende Tagung vor-ausichtlich von entscheidender Bedeutung für die gesamten weiteren Abrüstungsverhandlungen sein wird. Es ist unter diesen Umständen völlig unverständlich, aus welchem Grunde die Einberufung der Abrüstungskommission zu einem Termine vorgenommen worden ist, der, wie ursprünglich vorgesehen war, nur eine viertägige Dauer der Verhandlungen ermöglicht hätte.



Vor dem Rücktritt des tschechischen Außenministers?

Dr. Beneš dessen Rücktritt einem Gerücht zufolge unmittelbar bevorstehen soll. Ursache ist die starke Spannung, die zwischen der Regierungsmehrheit und Dr. Beneš, der der in Opposition stehenden Nationalsozialistischen Partei angehört, besteht. Es verlautet, daß in der aller nächsten Zeit von Seiten der Tschechischen Volkspartei ein offener Angriff gegen ihn eröffnet werden soll, und daß auch der Ministerpräsident nicht mehr wie bisher gewillt ist, Dr. Beneš zu halten.

die Einheitsliste 75 904 Stimmen und 36 Mandate.

Das amtliche Ergebnis der Gemeindevahlen entspricht im allgemeinen dem vorläufigen Ergebnis.

Abreise von Hamels nach Genf

Bisher Besuch in Warschau.

Danzig. Der Danziger Völkerbundskommissar hat am Sonnabend Danzig verlassen, um sich nach Genf zu begeben. Zunächst ist er aber noch nach Warschau gefahren, angeblich, um dort persönliche Besuche zu machen. U. a. will er den dortigen niederländischen Konsul sowie den polnischen Außenminister Jaleski besuchen.

In Danzig fällt diese Reise im Hinblick auf Danzigs polnischen Streikfälle, die auf der Tagesordnung der kommenden Genfer Völkerbundstagung stehen, allgemein auf, da sie den Anschein erweckt, als ob von Hamel, der als Polenfreund bekannt ist, sich noch besondere Informationen vom polnischen Außenminister für sein Verhalten in Genf holen wolle.

Sonderbesprechung Briand-Litwinow in Genf?

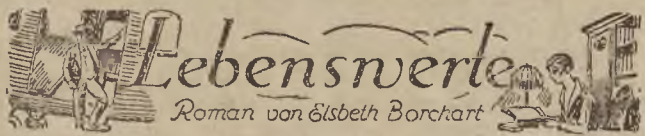
Konno. Aus Moskau wird gemeldet, daß Ende dieser Woche in Genf eine Sonderbesprechung zwischen Briand und dem Führer der russischen Delegation, Litwinow, vorgesehen sei, in der die russisch-französischen Beziehungen im allgemeinen zur Sprache kommen sollen.



Sternkarte für den Monat Dezember 1927

Die Sternbilder sind durch punktierte Linien verbunden und mit einer Nummer versehen. Die Buchstaben sind Abkürzungen für die Eigennamen der hellen Sterne. Die Stellungen des Mondes sind von zwei zu zwei Tagen eingetragen. Das Datum steht unterhalb des Mondbildes und die Pfeillinie zeigt die Richtung der Mondbahn an.

1. Al. Bär, P = Polarstern; 2. Gr. Bär; 3. Drache; 6. Hercules; 7. Leier, W = Wega; 8. Cepheus; 9. Schwan, D = Deneb; 10. Cassiopeja; 11. Andromeda; 12. Perseus; 13. Widder; 14. Fuhrmann, C = Capella; 15. Stier, A = Aldebaran, Pl. = Plejaden; 16. Waflisch, M = Mira; 17. Crion, B = Betegeuze; R = Riegel; 18. Zwillinge, P = Pollux, C = Castor; 19. Al. Hund, P = Prokion; 20. Gr. Hund, S = Sirius; 22. Löwe; 32. Pegasus. — Planeten: Jupiter, Uranus, Z = Zent.



38. Fortsetzung. XIII. Nachdruck verboten.

Ueberraschend und überstürzend war es über Hilde gekommen, so daß sie es noch kaum fassen konnte. Hans Werner wollte sie verlassen und nach Amerika gehen, so weit, weit fort von ihr. — Spangenheim hätte ihn zum Direktor seiner Fabrik in Newyork ernannt was eine hohe Auszeichnung und das unbegrenzte Vertrauen, das sein Chef in ihn setzte, bedeute, denn der Posten wäre verantwortungsvoll, aber zugleich unabhängig und sicherte ihm ein hohes Gehalt und Ruhe genug, um an seiner Erfindung zu arbeiten und sie in die Praxis umzusetzen.

So hatte der Bruder ihr erzählt, aber Hilde fühlte mit dem feinen Instinkt der Frau und liebenden Schwester heraus, daß dieses alles nicht bei seiner Entscheidung, den Posten anzunehmen, maßgebend gewesen war. Vielmehr schien ihn einzig und allein der Wunsch zu befeelen: Fort von hier, so schnell wie möglich! Sie suchte die Ursache an der richtigen Stelle: Edith Spangenheim.

Was zwischen diesen beiden, deren zarte Liebesgeschichte sie fast miterlebt hatte, vorgefallen war, konnte sie nicht ergünden. Nur daß Edith plötzlich abgereist war, wie Hans Werner ihr lächlig mitteilte, befremdete sie, ebenio seine Hast und Unruhe, fortzukommen. Welches Hindernis konnte man ihm, ihrem schönen, liebenswürdigen Bruder, dem Freiherrn von Schönau, bereitet haben? Sie stand vor einem Rätsel. Hans Werner litt das sah sie, und sie litt mit ihm, ohne zu fragen. Dergleichen muß ein Mann mit sich selbst ausmachen, dabei kann ihm auch die treueste Schwesterliebe nichts helfen. So schwie sie, tief bekümmert und von Abschiedsschmerz erfüllt.

Hans Werner lachte sie aus, als sie von der weiten Entfernung sprach. Er fahre ja nur über den großen Teich, und in längstens zwei Jahren würde er zurückkommen, und wenn sich seine Hoffnungen bis dahin erfüllten,

wenn seine Idee, in die Wirklichkeit umgesetzt, sich als das erwies, was er sich darunter vorstellte, dann wollte er in seinem Vaterlande den ersten kühnen Flug in die Lüfte unternehmen.

Es war das erste Mal seit jenem Tage, als er ihr auf dem Wege zu Reinhardts von seinem Vorhaben gesprochen, daß er dessen wieder erwähnte. Dabei erhellten sich seine Züge, und seine Augen bekamen wieder den ungetrübten Glanz begeisterungsfähigen Jugendmutes, wie ehedem Hilde atmete auf. Welche Enttäuschung er auch durchgemacht haben mochte, in seiner Arbeit, seinem Streben würde er den Trost und die Befriedigung wiederfinden, das wußte sie jetzt. Dieses Bewußtsein und dieser Glaube an des Bruders Kraft und Charakterstärke beruhigte ihr Gemüt, es ließ sie sogar in der Abschiedsstunde standhaft bleiben. Aber als er fort war und sie allein in ihrem Zimmer saß, weinte sie dem geliebten Bruder die bittersten Tränen nach. Sie fühlte sich plötzlich so einsam und verlassen.

Hans Werner hatte ihr allerdings beim Abschied noch gesagt:

„Wende dich in allem an Wolf Reinhardt der wird dich nicht im Stich lassen.“ Ja, wenn es noch so wäre wie früher! Aber es stand doch etwas zwischen ihnen, wenn es auch äußerlich ausgeglichen zu sein schien. Endlich über-wog ihr heißes Verlangen nach einer Aussprache jegliche Bedenken. Am nicht wankend zu werden, machte sie sich schnell auf den Weg.

Trotzdem es Nachmittag war, traf sie den Professor nicht zu Hause. Er war mit seiner Kleinen in den Tiergarten gegangen. Frau Reinhardt empfing sie, lächlich sehr erfreut über ihren Besuch, der ihr über ihre Längeweile hinweghelfen sollte. Hilde fühlte sich enttäuscht, um so mehr, als Frau Reinhardt keinerlei Notiz von ihrem Kummer nahm, ihn wohl auch nicht verstand und mit wenigen Worten darüber hinweg zu ihrem Lieblings-thema übergang.

Nicht lange vermochte Hilde es zu ertragen. Sie empfahl sich bald Daheim wurde es ihr noch einsamer und weher, als zuvor. Da griff sie kurz entschlossen zu ihrer

Arbeit, und hier fand sie allmählich, was sie wo anders vergeblich gesucht hatte.

Zu derselben Zeit sah auch Wolf Reinhardt in seinem Studierzimmer und versuchte seine Gedanken zu sammeln und zu arbeiten. Es wollte ihm nicht glücken, trotz aller Anstrengungen. Seine Gedanken schweiften ab, blieben immer bei dem einen stehen und wußten nicht davon loszukommen.

Seine Frau hatte ihm bei seiner Rückkehr vom Spaziergange von Hildes Besuch erzählt, und er bedauerte nun, sie nicht gesprochen zu haben. Er glaubte wohl zu wissen, was sie zu ihm getrieben hatte, und er hätte ihr so gern etwas Gutes, Tröstendes sagen mögen. Nun kam sie gewiß so bald nicht wieder; ihre Besuche waren, nachdem seine Frau wieder gesund war, sehr selten und kurz gewesen und hatten lediglich den Zweck, sich nach deren Befinden zu erkundigen, gehabt. Zu einem Gedankenaustausch, ja auch nur zu einem eingehenderen Gespräch, war es zwischen ihnen nie mehr gekommen. Auch hatte sie ihm nie wieder eine Arbeit von sich vorgelegt. Hatte sie das Vertrauen zu ihm verloren — verlangte sie nach dem Austausch nicht mehr, oder was hielt sie sonst fern? Er quälte sich mit diesen Gedanken, erwog alle Möglichkeiten und wollte an den einst von ihm anerkannten Grund ihres Fernbleibens nicht mehr glauben. Seiner Frau Krankheit und Sinnesänderung hatte das doch aus der Welt geschafft. Oder kam sie nicht los davon, ließ sie sich dadurch noch immer beugen? Sie dachte sonst in allem so groß — warum nicht auch hierin?

Vor ihm auf dem Schreibtisch lag das Manuskript, das er, von kühner Idee getragen und begeistert, angefangen hatte. Seit Hilde sich fern hielt, hatte es nur geringe Fortschritte gemacht. Die vorwärtsdrängende Kraft, die begeisterte Muse fehlte ihm. In Gedanken war sie zwar stets an seiner Seite, aber es war anders, als wie er sie noch leidenschaftig vor sich gehabt hatte. Ihre Persönlichkeit, ihr Geist mußte wieder auf ihn wirken, er mußte ihre Nähe fühlen, um wieder die alte Schaffenslust zu bekommen.

(Fortsetzung folgt.)

